

Offener Brief



der

Hochschulgruppe Fridays For Future
Rheinische Friedrich-Wilhelms Universität Bonn

an

Prof. Dr. Dr. h. C. Michael Hoch
Rektorat
Rheinischen Friedrich-Wilhelm Universität Bonn

Bonn, 25.07.2019

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Hoch,

Vor etwa einem Monat haben wir eine Vollversammlung der Studierendenschaft – unterstützt durch mehr als 1300 Studierende- einberufen. Dabei haben wir die folgenden Forderungen vorstellten. Diese wurden von den fast 400 Anwesenden mit überwältigender Mehrheit angenommen und auch das Studierendenparlament solidarisierte sich mit den Forderungen von Fridays for Future. Wir hoffen, dass der große Rückhalt in der Studierendenschaft die Universität ermutigt diese Forderungen umzusetzen.

Im Folgenden finden Sie die Forderungen mit den jeweiligen Begründungen und Erläuterungen. Letzteres soll Ihnen als Orientierung dienen, um die inhaltlichen Schwerpunkte unserer Forderungen zu verstehen. Für eine zeitnahe und effektive Umsetzung der Forderungen streben wir einen offenen Dialog zwischen Universitätsleitung und Studiereden an. Die Partizipation von Vertretern der Hochschulgruppe Fridays for Future in die Prozesse der Gestaltung und Umsetzung soll ermöglicht werden. Bei offenen Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen,

Fridays for Future Hochschulgruppe

Forderungen

I. FFF-Solidarität und Klima-Notstand

Die Studierendenschaft solidarisiert sich mit den Forderungen der Fridays for Future Bewegung - nachfolgend aufgelistet - und unterstützt die Ausrufung des Klima-Notstandes durch die Stadt Bonn. Sie fordert die Universität auf, es ihr Gleichzutun.

- A. Einhaltung des Pariser Klima-Abkommens, um das 1.5° Ziel zu erreichen, konkret die Treibhausgas-Nettonull bis 2035.
- B. 100 % Energie aus erneuerbaren Quellen bis 2035.
- C. Kohleausstieg bis 2030.
- D. Sowie bis Ende 2019:
 - 1. Ende der Subventionierung fossiler Energieträger.
 - 2. Abschaltung eines Viertels der Kohlekraftwerke.
 - 3. Einrichtung einer Steuer auf alle Treibhausgas-Emissionen, deren Höhe sich aus den Kosten ergeben soll, welche durch uns und zukünftigen Generationen entstehen. Laut Bundesumweltamt sind dies 180 € pro Tonne CO₂.

II. Klimaneutralität

Die Universität und ihre angegliederten Einrichtungen (u.a. das Studierendenwerk) sollen den Status der Klimaneutralität bis 2025 sowie eine komplette Umstellung auf Strom aus erneuerbaren Energiequellen bis 2020 erreichen. Mit der Realisierung soll sofort und unter Einbeziehung der Studierendenschaft begonnen werden. Die Universität soll zudem, bis Ende 2019, ihren CO₂-Fußabdruck analysieren und darüber in einem umfassenden öffentlichen Bericht informieren. Ein Bericht dieser Art soll in einem jährlichen Turnus erstellt und unaufgefordert auf der Homepage der Universität veröffentlicht werden.

Begründung: Als Kern des Wissenschafts- und Bildungssystems tragen Universitäten eine besondere Verantwortung im Hinblick auf eine zukunftsfähige Welt. Deshalb muss die Universität Bonn ihren Teil, zur Bewältigung der globalen Klimakrise, beitragen. Dazu gehört neben einer entsprechenden Ausrichtung von Forschung und Lehre auch und vor allem die Reduktion der Klimakosten, welche durch den Betrieb der Universität an sich, selbst entstehen. Wir fordern demnach, dass die Universität bis 2025 klimaneutral werden soll.

Klimaneutralität ist unserem Verständnis nach erreicht, wenn die Erzeugung von Treibhausgasen so weit wie möglich reduziert und die verbleibende Menge an ausgestoßenen

Treibhausgasen kompensiert wird. Die Vermeidung von Treibhausgasen soll hier der absolute Vorrang eingeräumt werden. Als Aktionsfelder sind hier besonders treibhausgasneutrale Gebäude, besonders auch Neubauten, treibhausgasneutrale Mobilität, Beschaffung und Veranstaltungen zu benennen. Ein wichtiger Schritt dabei, ist die Umstellung der universitären Energieversorgung auf 100% regenerative Energiequellen. Außerdem muss die Universität auf ihre angegliederten Einrichtungen (z.B. Studierendenwerk) einwirken, sodass diese ebenfalls dem angestrebten Ziel der Klimaneutralität und der Umstellung auf Ökostrom folgen. Zu einer transparenten und effektiven Umsetzung dieser Ziele bedarf es einer hierfür explizit zuständigen Abteilung, welche mit den nötigen Kompetenzen ausgestattet ist, nachhaltigkeitsbezogene Aktivitäten in Forschung, Lehre, Verwaltung und auf dem Campus zu initiieren und zu koordinieren. In ihre Zuständigkeit fällt, ein universitätsweites Energiemonitoring zu betreiben, im Rahmen dessen der CO₂-Fußabdruck der Universität zum ersten Mal bis Ende 2019 und anschließend jährlich analysiert wird. Die Ergebnisse sollen in einem jährlichen, öffentlich zugänglichen Nachhaltigkeitsbericht zusammengefasst werden, in welchem über die Klimabilanz der Universität sowie Fortschritte bezüglich klimarelevanter Projekte informiert wird. Dies dient der Transparenz und hat positive Auswirkung auf das Erscheinungsbild der Universität im öffentlichen Raum.

Bei der Erarbeitung nachhaltiger Konzepte und Möglichkeiten ihrer Umsetzung sollen Studierende auf Dauer aktiv in den Prozess miteinbezogen werden. Hier fordern wir konkret, dass Vertreter der Studierendenschaft, inklusive Vertreter der Hochschulgruppe Fridays For Future, in das Vergabegremium bezüglich der Neu-Ausschreibung eines neuen Strom-anbieters aufgenommen werden. Dass die von uns geforderte strukturelle Verankerung des Themas Nachhaltigkeit unter Einbeziehung von Studierenden sowie die Reduktion der durch die Universität verursachten Klimakosten möglich ist, ist am Beispiel der Freien Universität zu Berlin zu sehen. Orientierung können weiterhin der Leitfaden "Energiemanagement in Hochschulen" der Hochschul Informations GmbH, die Umweltleitlinien des Umwelt Bundesamtes sowie der vom BMBF geförderte Projektverbund HOCH-N bieten.

(Sie finden die URLs auch unter [bit.ly/2XZXEKk](https://www.fu-berlin.de/sites/nachhaltigkeit/stabsstelle/kommunikation/publikationen/nachhaltigkeitsbericht_2018.pdf), [bit.ly/2Glu7hw](https://www.fu-berlin.de/sites/nachhaltigkeit/stabsstelle/kommunikation/publikationen/nachhaltigkeitsbericht_2018.pdf) und [bit.ly/32K1OTw](https://www.fu-berlin.de/sites/nachhaltigkeit/stabsstelle/kommunikation/publikationen/nachhaltigkeitsbericht_2018.pdf).

Berlin: (https://www.fu-berlin.de/sites/nachhaltigkeit/stabsstelle/kommunikation/publikationen/nachhaltigkeitsbericht_2018.pdf)

Hochschul Information (https://his-e.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Forum_Hochschulentwicklung/fh-201213.pdf)

Bundesamt (<https://www.umweltbundesamt.de/das-uba/wer-wir-sind/umweltmanagement-im-uba#textpart-1>)

Hoch N (<https://www.hochn.uni-hamburg.de/1-projekt.html>)

III. Mobilität

Die Universität soll sich dafür einsetzen, die Nutzung klimafreundlicher Verkehrsmittel für Studierende zu erleichtern. Konkret soll sie sich hier sowohl für den Ausbau der Infrastruktur des ÖPNV stark machen als auch die Rahmenbedingungen für Fahrradfahrer*innen an der Universität verbessern (u.a. mehr Fahrradparkplätze einrichten, Fahrradluftpumpen installieren). Darüber hinaus fordern wir von der Universität, dass sie ihre Stimme - im Sinne der Forderungen unter Punkt 1 - auf kommunaler Ebene für bessere ÖPNV-Konditionen für alle einsetzt.

Begründung: Der Transportsektor trägt einen großen Teil zur Klimakrise bei. Wir möchten hier bessere Konditionen schaffen, einerseits damit noch mehr Studierende auf Rad sowie Bus und Bahn umsteigen und andererseits damit sie nicht beim ersten eigenen Gehalt auf das Auto umsteigen (müssen).

Um den Radverkehr zu fördern, fordern wir mehr und sichere Fahrradstellplätze an allen Instituten der Uni sowie einfach verfügbare Fahrradpumpen. Denn häufig sind die bis jetzt vorhandenen zu Stoßzeiten überfüllt, was dazu führt, dass Studierende ihr Rad nicht an den Metallträgern anschließen können; dies blockiert die Fußwege und macht es Fahrraddieben leichter.

Weiterhin vertritt die Universität gegenüber der Stadt auch die Bedürfnisse der Studierenden, immerhin ein Zehntel von Bonns Bevölkerung. Sowohl in der Vollversammlung als auch im Studienparlament ist die Forderung nach besserer Mobilität auf großen Anklang gestoßen. Dieses Mandat sollte die Uni nutzen, um für bessere ÖPNV Konditionen einzutreten. Darunter verstehen wir sowohl eine bessere Verbindung der verstreuten Institute und Studentenwohnheimen der Uni als auch günstigere Ticketpreise für alle.

Während der Vollversammlung wurde kritisiert, dass teilweise innerdeutsche Exkursionen der Universität über Flüge organisiert werden. Dies ist eine große Emissionsquelle, die durch Bahnreisen enorm reduziert werden kann. Wir glauben, dass sich die Universität dafür einsetzen sollte, dass Reisen innerhalb Deutschlands als auch in das nähere Ausland (z.B. Benelux-Staaten, Nordfrankreich) mit der Bahn organisiert werden; Flugreisen sollten hier nur als letzte Möglichkeit in Betracht gezogen werden.

IV. Bildungspaket zum Thema Klimakrise

Die Universität soll ein dauerhaftes und kostenloses Bildungsangebot zum Thema "Klimakrise, Klimagerechtigkeit, Lösungsansätze" entwickeln, das sowohl Studierenden als auch Nicht-Studierenden offen steht. Dieses soll als überfachliche Ergänzung zum Studium in das

Curriculum aller Studiengänge integriert und spätestens zum Sommersemester 2020 erstmals angeboten werden.

Begründung: Die Universität Bonn ist eine öffentliche Institution mit Bildungsauftrag. Sie ist in der Lage, dabei insbesondere auch in der gemeinschaftlichen Verantwortung, das gesellschaftliche Denken durch Zugang zum aktuellen Stand sowie der Methoden der Forschung zu prägen. Sie hat den Auftrag und die Pflicht, für eine progressive und aufgeklärte Gesellschaft zu sorgen, die den Herausforderungen unserer heutigen globalisierten Welt gerecht wird. Diesen Anspruch stellt sich in der Theorie auch die Universität Bonn, so schreibt die Universität in ihrem Leitbild:

„Neben den klassischen Fächern hat die Universität Bonn transdisziplinäre Forschungsgebiete geschaffen, in denen die führenden Köpfe verschiedener Disziplinen ihre Expertise bündeln, um Lösungen für aktuelle wissenschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen zu erarbeiten“

„Unser Ziel ist es, optimale Bedingungen für die international vernetzte Forschung zu schaffen, um die besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu gewinnen und sie in die Lage zu versetzen, fundamentale Forschungsfragen anzugehen, die großen wissenschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zugrunde liegen und diese definieren“

Bereits einige Universitäten Deutschlands kommen dieser Verantwortung nach, indem sie Module etabliert haben, die ein breit gefächertes Wissen über den Klimawandel, seine Ursachen, und die damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen vermitteln.

Sogar einzelne Bonner Schulen bieten ihren Schüler*innen im Rahmen des so genannten „Klimaführerscheins“ Zugang zu diesem Themenkomplex, um den Bildungsauftrag in Anbetracht unserer heutigen Welt in vollem Umfang angemessen zu realisieren. Wir glauben, dass auch die Universität ihrem Bildungsauftrag nur dann vollständig nachkommen kann, wenn sie selbst ein interdisziplinäres Bildungspaket zum Thema „Klimakrise - Probleme und Lösungsansätze“ langfristig und fakultätsübergreifend ins Curriculum aufnimmt, dieses sollte auch Externen offenstehen.

Die Hochschulgruppe Fridays for Future Bonn ist bereit, sich an der Planung eines solchen Moduls im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu beteiligen. Dazu gehört zum Beispiel, regelmäßige Gastvorträge im Rahmen einer Vorlesungsreihe zu gewinnen.

V. Forschungsprojekte & -kooperationen

Die Universität soll bei der Wahl ihrer Forschungsprojekte und Kooperations-partner*innen (insbesondere sofern diese keine wissenschaftlichen Institutionen sind) den potentiellen Schaden und Nutzen für das Klima in ihre Abwägung einbeziehen. Sie soll in einem jährlichen Bericht über diese informieren. Dieser Bericht soll unaufgefordert online zugänglich gemacht werden und allgemein verständlich sein.

Begründung: Wir Studierende der Universität Bonn fordern eine Bewertung der unter ihrem Dach stattfindenden Forschung sowie der involvierten Forschungs-partner*innen nach deren potenziellem Schaden bzw. Nutzen für unser Klima. Dies ist in unseren Augen eine logische Konsequenz der Forderung II. Es ist notwendig, um keine Forschung und Kooperations-partner*innen - insbesondere Industrieunternehmen - zu unterstützen, die den Zielen der Fridays For Future Bewegung entgegenwirken, die Klimakrise unterstützen und Klimagerechtigkeit behindern.

Wir erkennen an, dass die Wahl der Forschungsthemen und Kooperationspartner*innen nicht zentral universitär gesteuert sind und im Rahmen des Artikel 5 des GG der Freiheit von Forschung und Lehre unterliegt. Zur Umsetzung dieses Zieles fordern wir daher eine klare Leitlinie der Universität bezüglich einer klimarelevanten Bewertung der unter ihrem Dach stattfindenden Forschung sowie der Wahl von Kooperationspartner*innen. In ihrem Leitbild verspricht die Universität "fundamentale Forschungsfragen anzugehen, die großen wissenschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zugrunde liegen und diese definieren". Der Klimawandel und seine Konsequenzen sind eine der größten Herausforderungen der heutigen Zeit und wir fordern deshalb von der Universität, dass sie die Auswirkungen auf unser Klima und den Aspekt der Nachhaltigkeit bezogen auf Forschungsprojekte und Kooperationspartner*innen in ihr Leitbild aufnimmt.

Weiterhin fordern wir im Sinne größtmöglicher Transparenz, dass über die Forschungsprojekte, welche an der Universität Bonn durchgeführt werden, auf eine gut zugängliche und allgemein verständliche Art und Weise informiert wird. Die Universität soll hierzu mit uns Studierenden in Austausch treten über bereits bestehende Projekte hinsichtlich eines Forschungsinformationssystems und deren Möglichkeiten die vorliegende Forderung zu erfüllen informieren sowie, falls erforderlich, alternative Lösungsansätze entwickeln.

VI. Weiterhin soll die Universität bis Ende 2019:

1. Ein System der Mülltrennung universitätsweit einführen.

Begründung: In vielen Universitätsgebäuden stehen ausschließlich Mülleimer für Restmüll zur Verfügung. Dieser Müll wird in Deutschland verbrannt, sodass die verwendeten Rohstoffe verloren gehen. Jedoch kann aus Biomüll wichtiger Kompost für Felder und aus Verpackungen Produkte wie Plastikflaschen, Parkbänke und Bodenbeläge hergestellt werden. Besonders der in großen Mengen anfallende Papiermüll kann nur bei separater Entsorgung für die Produktion von Recyclingpapier oder Recyclingpappe genutzt werden.

Deshalb fordern wir, dass bis Ende 2019 Verpackungen, Biomüll, Restmüll und insbesondere Papier und Pappe getrennt voneinander entsorgt werden. Dazu sollen separate Mülleimer mit eingängigen Beschriftungen aufgestellt werden. Nur so kann der Müll dem Recyclingprozess zugeführt und seine Rohstoffe weiter verwertet werden.

2. Die Drucker universitätsweit auf den Standard des doppelseitigen Drucks umstellen.

Begründung: Universitätsweit soll bei allen Druckern, sofern diese Funktion vorhanden ist, das doppelseitige Drucken als Standardeinstellung verwendet werden. So werden nicht nur die Papierkosten gesenkt, sondern auch die Menge des Papierabfalls stark reduziert. Bei Drucker Neuanschaffungen soll darauf geachtet werden, dass die Drucker die Funktion des doppelseitigen Drucks besitzen.

3. Auf die ausschließliche Nutzung von Recyclingpapier mit Ökozertifikat umstellen.

Begründung: Papier ohne Ökozertifikat wird häufig mit Chlor gebleicht, welches die Umwelt belastet. Dies kann durch die Nutzung von zum Beispiel Umweltschutz-Papier (UWS) oder Papier mit dem Zertifikat „Blauer Engel“ vermieden werden.

4. Maßnahmen umsetzen, um Papier zu reduzieren.

Begründung: Diese Forderung kann in einem sehr breiten Spektrum umgesetzt werden. Eine Ansatzmöglichkeit ist hierbei die Abgabe von Studienleistungen und Hausarbeiten. Hierbei fordern wir, dass diese entweder digital oder doppelseitig statt einseitig bedruckt abgegeben werden sollen. Zudem sollten Vorschriften wie die Abgabe in Schnellheftern abgeschafft werden. Weitere wichtige Ansatzmöglichkeiten sind ein Umstieg zu digitalen Evaluationsbögen auf eCampus, eine Einrichtung von Schmierpapierdepots in Bibliotheken und eine allgemeine Bewusstseinsänderung zum Umgang mit Papier in Seminaren.